

15. Juli

"Raus aus dem Szenesumpf..."

Protokoll vom Arbeitskreis "Gründung eines Sozialforums in Münster" im Rahmen des Perspektivtreffens vom 12. bis 14. Juli 2002

Die Idee, ein Sozialforum für Münster ins Leben zu rufen, wurde auf einem Treffen von Leuten aus dem Verein für politische Flüchtlinge, der FAU und der Gruppe B.A.S.T.A. im Februar geboren. Die Gründung eines Sozialforums zur lokalen Vernetzung der spezifischen Kämpfe und Widerständigkeiten war eine Antwort auf die Ausgangsfrage, wie wir Linken (wieder) zu einer wahrnehmbaren, gesellschaftlichen Kraft mit Veränderungspotential werden können. Wir erstellten einen Aufruf, der als Diskussionsgrundlage gedacht und im Kongreßvorbereitungsreader oder auf der homepage <http://www.muenster-alternativ.de.vu> nachzulesen ist.

An dem AK beteiligten sich ca. 20 Menschen. Zunächst tauschten wir uns über unsere Wünsche und Hoffnungen und unsere Befürchtungen bezüglich eines Sozialforums aus. Nach einer Pause und erquickenden Auflockerungen ging es in die zweite Runde, in der wir begannen, die Idee zu konkretisieren.

1. Wünsche und Hoffnungen:

Raus aus dem Szenesumpf

Einzelkämpfe verbinden, vernetzen, gegenseitig unterstützen (Synergie)

starke politische Kraft in Münster werden

Gesellschaftliche Verankerung linksradikaler Inhalte/ Hegemoniefähigkeit der Linken zurück"erobern"

"Aufschließen" öffentlicher Räume und Debatten

Überwindung von Gräben, wie z.B. "reformistisch" vs. "revolutionär"

Voneinander Lernen

Verdeutlichen von globalen Zusammenhängen/ Lokale Themen machen Zusammenhänge begreifbarer

Sozialforum = Internationale Bewegung/ Austausch mit anderen Kommunen, Kontinenten...

Kämpfen für die gleichen Rechte aller Menschen

cultural interaction/ struggle for life

Größere Transparenz möglicher Lösungsansätze

Vielfältigere Handlungs- und Auseinandersetzungsmöglichkeiten

Zusammenarbeit bei symbolischen Aktionen, wie z.B. Demos

bunter/ vielfältiger Widerstand

ökonomische und soziale Solidarität

Mehr an Vernetzung durch Food Coop's, Umsonst Laden, Car sharing etc. Konkrete Grundsätze/ Kriterien sind wichtig

2. Befürchtungen/ Ängste

Gefahr der Dominanz von "Profis" (z.B. Nichtregierungsorganisationen (NGO's), bürgerliche Gruppen...) / verdrängt werden

unüberwindbare Differenzen innerhalb des Forums

Verwässerung (linksradikaler) politischer Inhalte

Reformistisch?

noch eine Struktur! (zu viele?)

Endlosdiskussionen

Verkopftes Politgeschwätz ohne Handlungsansätze

3. Konkretisierung der Idee zur Gründung eines Sozialforums

Die Gründung des Sozialforums könnte mit einem "hearing" z.B. Ende des Jahres beginnen, d.h., mit einem großen Treffen aller interessierter Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die ihre jeweiligen Analysen, Motivationen und Kämpfe darstellen. Konsens ist, daß das Sozialforum sich als Teil einer außer-/anti-parlamentarischen Basisbewegung versteht, also Parteien grundsätzlich ausgeschlossen sind. Ebenso wird sich von nationalistischen Positionen mit Nachdruck distanziert. Abgesehen davon fanden es viele wichtig, daß wir eine einschließende Haltung einnehmen; es geht also in erster Linie darum, zu überlegen, welche Gruppen wir ansprechen wollen und nicht darum, welche nicht mitmachen sollen. Entscheidend sind Kriterien/ Grundsätze, die es noch zu diskutieren gilt (Vorschläge hierzu sind in dem Aufruf aus dem Reader zu finden).

Es soll die Zusammenarbeit mit möglichst vielen verschiedenen Menschen angestrebt werden, wie z.B. mit MigrantInnen-Organisationen, wie dem Roma e.V., alternativen bäuerlichen/ landwirtschaftlichen Gemeinschaften, etc.

4. Folgetreffen

Wir werden uns am Samstag, den 24. August, um 15 Uhr in der Baracke (Scharnhorststr. 100) wieder öffentlich und diesmal mit viel Zeit treffen. Im Anschluß gibt es wahrscheinlich noch ein rebellisches Fest in der Baracke mit Musik und Tanz (Achtet auf Aushänge!).

15. Juli

Aufruf zur Gründung eines Sozialforums in Münster

Folgender Aufruf ist als Diskussionsgrundlage für die AG zur Gründung eines Sozialforums in Münster gedacht.

Die AG richtet sich an alle, die eine Vernetzung über den "linksradikalen Szenesumpf" hinaus für sinnvoll erachten, und die Lust haben, sich mit anderen Gruppen und Initiativen zusammen- und auseinanderzusetzen.

Aufruf zur Gründung eines Sozialforums in Münster

"Der Neoliberalismus ist ein Programm zur Zerstörung kollektiver Strukturen, die noch in der Lage sind, der Logik des reinen Marktes zu widerstehen." (Pierre Bourdieu)

I. Zur Notwendigkeit einer lokalen Vernetzung der spezifischen Kämpfe und Widerständigkeiten gegen die kapitalistische Globalisierung in Münster und Umgebung

Die kapitalistische Globalisierung und die neoliberale Politik fordert viele Opfer. Die zerstörerischen Auswirkungen treffen zunächst die Menschen am härtesten, die in den nicht-privilegierten Ländern des Trikonts leben. Zunehmend werden die Folgen der Durchökonomisierung fast aller Lebensbereiche nach der Maxime des Profits auch in den Wohlstandsländern des Nordens wieder sichtbarer und spürbarer. Auch in der westfälischen Provinzmetropole Münster sind die Eliten und Regierungen dabei, unsere Stadt unter dem Deckmantel angeblicher Sachzwänge in vorauseilendem Gehorsam neoliberal umzustrukturieren. Der Verkauf des lukrativen Energiebereichs (Strom und Gas) der Münsteraner Stadtwerke an einen weltweit agierenden Energiekonzern ist ein Ausdruck dafür. Wir müssen angesichts der weltweiten Entwicklungen davon ausgehen, daß die Teilprivatisierung der Stadtwerke nur den Beginn eines langwierigen Prozesses des Ausverkaufs von Gemeineigentum markiert und das Ende der allgemeinen Daseinsversorgung einläutet.

Münster ist im Krieg! Wir stehen einer radikalen Militarisierung der Außen- und Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber, die auch in Münster stattfindet ("Abendmärsche", Militärschauen, Sicherheitswahn etc.). Es besteht die dringende Notwendigkeit, dagegen etwas zu unternehmen. Die Stadt Münster spielt eine zentrale Rolle in den aktuellen, globalen Kriegen und zukünftig eine nicht minder wichtige Rolle in den bereits vorhandenen Umstrukturierungsplänen von NATO und EU. Mit dem Lufttransportkommando und dem Deutsch-Niederländischen Korps ist Münster direkt an der globalen Kriegführung beteiligt.

Wir stehen einer Vielzahl von Verschärfungen auf allen Ebenen des Zusammenlebens in Münster gegenüber. Hierzu gehört die Zurichtung von Bildungseinrichtungen wie der Universität zu Verwertungszwecken für die Interessen des Kapitals, die unwürdige Behandlung pflegebedürftiger Menschen, die Abschiebungen von Flüchtlingen und das rassistische Umgehen mit Nicht-deutschen Menschen, die strukturelle Gewalt gegen Frauen und die sexistische und rassistische "Arbeitsteilung", die Atommülltransporte, die mittlerweile im Zweiwochentakt unbemerkt von der Bevölkerung durch Münster rollen, und die Bedrohung, die für uns alle von dem sog. Zwischenlager in Ahaus (50 km westlich von Münster) ausgeht, die Ausgrenzung sozial Unerwünschter und vieles mehr (die Liste sollte noch genauer formuliert werden). Es gibt in Münster an vielen Stellen Proteste und Widerstand gegen diese unerträglichen Zustände und gegen die kapitalistische "Modernisierung". Es gibt viele Ideen, Alternativen und eine Menge Utopien. Die spezifischen Kämpfe finden jedoch vereinzelt und weitgehend isoliert voneinander statt und werden daher kaum wahrgenommen. Die bisherigen Versuche, diese Widerständigkeiten durch den Aufbau eines unabhängigen, selbstverwalteten, sozialen Zentrums näher zusammenzubringen, um gemeinsame Perspektiven und gemeinsame Praxen zu entwickeln, wurden durch Repression von Seiten der Stadtregierung und der Polizei zerstört. Von den PolitikerInnen aller Parteien haben wir also erfahrungsgemäß keine positiven Veränderungen zu erwarten. Im Gegenteil! Wie z.B. die Spendenskandale zeigen, werden wir von einer korrupten Politikerkaste nach Strich und Faden verarscht. Es gilt eine Opposition zu formieren, die sich jenseits der Parteien und Parlamente bewegt, und die auf ihre eigene Kraft zur Veränderung der herrschenden Verhältnisse in Münster und - im Bündnis mit anderen weltweit - baut.

Hierfür ist es notwendig, daß die linken, außerparlamentarischen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen aus ihrer Isoliertheit ausbrechen und - ohne ihre spezifischen Kämpfe und Widerständigkeiten aufzugeben - sich einen gemeinsamen Bezugsrahmen schaffen. Wenn es (auch) darum gehen soll, eine wahrnehmbare, einflußnehmende und spürbare gesellschaftliche Kraft zu sein, dann heißt das, den öffentlichen Raum zurückzuerobern und zu re-politisieren. Hierfür ist eine tatsächliche Offensive nötig, in der alle (noch verbliebenen) linken Kräfte einander zuarbeiten und sich aufeinander beziehen.

II. Vorschlag: Gründung eines Sozialforums in Münster

1. Hintergrund

Der Vorschlag zur Gründung eines Sozialforums in Münster basiert auf der Überzeugung, daß die kapitalistische Globalisierung mitsamt ihrer verheerenden globalen und lokalen Auswirkungen nur durch eine weltweite, grenzenlose Widerstandsbewegung bekämpft und beendet werden kann. Diese Bewegung ist ein globales Netzwerk, in dem sich die Vielheit der Widerständigkeiten wiederfindet, und in dem sich die spezifischen Kämpfe aufeinander beziehen. Abgesehen von symbolischen Inszenierungen, wie in Genua oder Seattle, finden die spezifischen Kämpfe dort statt, wo die Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung unmittelbar erlebt werden, das heißt, an konkreten Orten. Die "Bewegung der Bewegungen" bekommt ihren Antrieb also von den lokalen Kämpfen, die nicht mehr isoliert nebeneinander stehen, sondern die sich durch das Von-einander-wissen und durch aktives Aufeinander-beziehen in einem gemeinsamen Kontext wiederfinden. Der Protest und der Widerstand gegen die kapitalistische Globalisierung muß auch hier vor Ort, in Münster, deutlich werden. Solidarisch sein mit andernorts geführten Kämpfen heißt vor allem, in unserem eigenen Lebensraum, dort, wo wir leben, arbeiten, studieren, zur Schule gehen etc. unser "Ya Basta!" (Es reicht!) zu sagen und deutlich zu machen.

Bereits auf dem Intergalaktischen Treffen in Chiapas/ Mexiko im August 1996 haben die TeilnehmerInnen aus 48 Ländern zu dem Aufbau eines interkontinentalen Netzes der spezifischen Kämpfe und Widerständigkeiten gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit aufgerufen. Die Maschen dieses im Aufbau begriffenen, kollektiven Netzes werden durch das Entstehen unzählbarer territorialer und themenspezifischer Netzwerke zunehmend enger. Der Vorschlag zur Gründung von Sozialforen steht im Kontext dieser weltweiten Offensive und ist inspiriert von der Idee des Weltsozialforums in Porto Alegre. Auch wir sagen: Eine andere Welt ist möglich! In Italien haben sich in der Folge der Proteste von Genua in verschiedenen Städten lokale Gruppen und Initiativen nach dem Vorbild des "Genua Social Forum" zusammengeschlossen, zur lokalen Verankerung und Weiterführung des Widerstandes gegen die kapitalistische Globalisierung und ihre regionalen Auswirkungen. Im Februar 2002 ist mit dem "Social Forum Tübingen/ Reutlingen" die Idee erstmals auch in einer bundesdeutschen Stadt umgesetzt worden.

2. Was kann ein Sozialforum für Münster bedeuten?

Wir schlagen vor, daß es ein Treffen geben soll, auf dem die an einer linken außerparlamentarischen Vernetzung interessierten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen zusammenkommen und einander von ihren spezifischen Kämpfen und ihren konkreten Erfahrungen mit den Konsequenzen kapitalistischer Globalisierung in Münster und Umgebung erzählen. Das Ziel dieses Treffens ist die Gründung eines Sozialforums, wobei die Grundlagen der Zusammenarbeit und die zukünftige Arbeitsweise des Forums auf dem Treffen diskutiert und beschlossen werden sollte.

Folgende Chancen und Ziele sehen wir darin:

1. Die vorgeschlagene Vernetzung macht Zusammenhänge erkennbarer, auch für uns selbst. Das Netzwerk, das wir anstreben beinhaltet eine Dynamik und die Möglichkeit eines Prozesses, der sich nicht so schnell vereinnahmen und befrieden läßt, weil wir durch unsere manchmal lockere, manchmal engere Form der Zusammenarbeit nicht so einfach gegeneinander ausspielbar sind.
2. Es geht nicht um eine vorschnelle Vereinheitlichung von Positionen, sondern wir schlagen ein Aufeinander-in-Beziehung-setzen vor. Sich gegenseitig informieren/mobilisieren über/für jeweils geplante Aktivitäten ist ein Aspekt der Zusammenarbeit, sie sollte sich aber darin nicht erschöpfen.
3. Das Sozialforum soll einen Prozeß ermöglichen, in dem alle Beteiligten ihre politischen Positionen schärfen, weiterentwickeln, neu definieren wollen und können. Es geht um einen Austausch und darum, voneinander zu lernen.
4. Spaltungen und Gegeneinander-ausspielen sollen verhindert werden. Es kommt dabei darauf an, sich nicht in einen bösen und guten, militanten und "friedlich-konstruktiven" Protest spalten zu lassen. Schon gar nicht von denen, die militärische Mittel zur Grundlage ihrer Außenpolitik gemacht haben. Wir müssen verstehen, daß wir hierfür die Vielheit ("Multitude") des Protests brauchen.
5. Wir grenzen uns mit Nachdruck gegen rechte "Globalisierungskritik" ab. Die von uns vorgeschlagene Plattform hat nichts zu tun mit Überfremdungsängsten, sie hat nichts zu tun mit der Verteidigung von Pseudo-Identitäten, seien sie ethnischer, kultureller oder biologistischer Herkunft. Das bedeutet eine klare Trennlinie gegenüber rechten und nationalbornierten Positionen gegen Globalisierung. Unsere fundamentale Kritik an der kapitalistischen Globalisierung meint nicht die Verteidigung des "Standort Deutschland" oder "deutscher Interessen" bzw. der "Festung Europa". Ebenso wenig meint sie die Verteidigung des Nationalstaates, der als Erfüllungsgehilfe und als Herrschaftsinstrument des Kapitalismus in Erscheinung tritt.
6. Das Sozialforum soll ein Netzwerk ergeben aus Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen, die lokal/regional zusammenarbeiten. Wir schlagen vor, an einer globalen sozialen Bewegung teilzuhaben, die gegenwärtig die Chance für einen emanzipatorischen Wandel besitzt. Wir schlagen vor, den Widerstand gegen die kapitalistische Globalisierung zu re-lokalisieren und selber hier vor Ort mit der Schaffung einer neuen, gerechteren Welt zu beginnen.

"Jemand sagte: gegen den Neoliberalismus zu sein, ist wie gegen das Gesetz der Schwerkraft zu sein. - Nun denn! Nieder mit dem Gesetz der Schwerkraft!"

(Subcomandante Marcos)

03.04., AAM

Aufruf zur Demo gegen die WestLB am 25. 4, 16 Uhr in Münster

Kein Kredit für Regenwaldzerstörung! Kommt zur landesweiten Demo gegen die WestLB am 25.4. 2002 in Münster! Beginn 16 Uhr vor dem Landeshaus, Warendorfer Straße gegenüber der WestLB.

Ein Bündnis aus Umwelt-, Menschenrechts und Entwicklungsorganisationen ruft zur Demonstration gegen den Bau einer Ölpipeline in Ecuador auf, die von der WestLB maßgeblich finanziert wird. Das Projekt bedroht den Lebensraum Zehntausender Menschen in Ecuador, darunter viele indigene Völker, und einzigartige Regenwälder. Wirtschaftlich gerät Ecuador durch die geplante Pipeline immer tiefer in die Schuldenfalle, weil die Profite aus den Ölexporten zu über 80 % bei den privaten Betreibern verbleiben, während die geringen Mehreinnahmen des Staates ausschließlich in den Schuldendienst wandern. Dennoch wird das Land seine derzeit höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Südamerika mit Raubbau an der Natur nicht bewältigen können, wie die vergangenen 30 Jahre Ölförderung gezeigt haben. Die WestLB, Deutschlands größtes öffentlich-rechtliches Geldinstitut, steht an der Spitze eines Bankenkonsortiums, das mit einem 900 Millionen US-Dollar-Kredit den Bau der neuen Pipeline finanzieren will. Die Ölrohre und neuen Straßen bedrohen elf Schutzgebiete, darunter das international anerkannte "Mindo-Nambillo"-Reservat, das zur ersten "Important Bird Area" Südamerikas erklärt wurde. Die Trasse und der durch sie ausgelöste Ölboom in den letzten Amazonaswäldern Ecuadors wird zu irreparablen Umweltschäden in einzigartigen Ökosystemen führen. Betroffen sind vor allem die Lebensräume vieler indigener Völker, die zum Teil noch sehr isoliert leben und geschworen haben, in ihrer traditionellen Heimat eine Ölförderung niemals zuzulassen. In Ecuador kam es bereits landesweit zu heftigen Protesten gegen die Pipeline. Während eines Generalstreiks Ende Februar 2002 in den beiden Ölprovinzen im Amazonas gab es die ersten Todesopfer, als Militär und Polizei gegen Demonstranten vorgegangen sind. Die Behauptung der WestLB, beim Bau der Pipeline würden die Umweltstandards der Weltbank eingehalten, haben verschiedene Gutachter als dreiste Lüge entlarvt. Selbst die Weltbank, auf die sich die WestLB beruft, hat inzwischen öffentlich erhebliche Zweifel an der Einhaltung ihrer Standards angemeldet. Die Finanzierung der Ölpipeline durch die WestLB ist ein geradezu klassisches Beispiel dafür, welche fatalen Auswirkungen die Globalisierung für die Armen, aber auch für einmalige Naturschätze haben kann. Eine deutsche Großbank fördert die Ausbeutung von Ölvorkommen im ecuadorianischen Amazonas durch internationale Konzerne. Das Öl ist vor allem für die USA bestimmt, die sich nicht um Energieeinsparung und Weltklima scheren. Die Erlöse aus den Ölexporten werden größtenteils für die Bezahlung der Schulden des bettelarmen Ecuador benötigt, die frühere Regierungen - nicht das Volk - bei internationalen Banken angehäuft haben. Den Preis zahlen die Menschen in Ecuador schon heute. Trinkwasser, Böden, Wälder und die Luft von Millionen sind bedroht, die Zukunft des Landes wird endgültig ruiniert – und die WestLB ist maßgeblich beteiligt.

Wir sagen NEIN und fordern: WestLB raus aus Ecuador! Aktionsbündnis gegen die WestLB-Pipeline: (bisher) Rettet den Regenwald, Greenpeace Münster, Vamos, Klimabündnis Münster, Urgewald, Gesellschaft für bedrohte Völker Regionalgruppe Münsterland, Südwind, Attac Münster, Pro Regenwald.

02.04., Nachtrag:

Anklage wegen Protest gegen rassistische Kontrollen

Der erste Prozess gegen einen der Beteiligten soll am Mittwoch, den 24.4. um 12 Uhr im Amtsgericht Münster stattfinden. Der Prozess gegen die unten Genannte Delegierte des Hamburger Flüchtlingsrates ist wieder verschoben, und zwar auf den 26.6., 12 Uhr.

02.04., AAM

Anklage wegen Protest gegen rassistische Kontrollen

Der Prozess wird wahrscheinlich am 3. Mai in Münster stattfinden

Bezug: Zugfahrt am 22.5.2001 von Hamburg nach Bonn. Eine achtköpfige Delegation von Menschen verschiedener Organisationen, Nationalitäten und Hautfarben war als ReferentInnen unterwegs zu einer Veranstaltung über „Die deutsche Abschiebepolitik und die Praxis der Botschaftsvorfürungen“. Zwischen Osnabrück und Münster wurden die indische und die afrikanischen Mitglieder der Delegation von BGS-Leuten in Zivil aufgefordert, ihre Ausweise zu zeigen. Die Aufgeforderten fragten, warum ausgerechnet sie ihre Papiere zeigen sollten? Sie würden ihre Ausweise nur zeigen, wenn alle Reisenden im Waggon kontrolliert würden. Es entstand eine lautstarke Diskussion über die Begründung der Kontrolle. Die BeamtInnen weigerten sich zunächst, eine Begründung zu geben, und behaupteten dann, ihre Aufgabe sei, „illegale Ausländer“ zu suchen. Die BGS-Leute riefen Verstärkung, und die Uniformierten erklärten der deutschen Delegierten, es handle sich um eine „verdachtsunabhängige Kontrolle“, die nach dem BGS-Gesetz rechtmäßig sei. Die Reisegruppe kritisierte die eindeutig rassistischen Kriterien dieser Kontrolle und weigerte sich weiter, ihre Papiere zu zeigen. Daraufhin zerrten die uniformierten BGS-Besamten die drei afrikanischen Mitglieder der Reisegruppe mit brutaler Gewalt aus dem Zug. Anschließend wurde die gesamte Gruppe zwei Stunden lang auf der BGS-Wache in Münster festgehalten. Fast alle Beteiligten erhielten inzwischen Strafanzeigen wegen „Hausfriedensbruch“,

„Beleidigung“ und/oder „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke erklärte das Bundesinnenministerium die BGS-Aktion als „lageabhängige Kontrolle“ für rechtmäßig. „Ein rassistischer Übergriff liegt nicht vor. Grundrechte, insbesondere die Menschenwürde, wurden beim polizeilichen Einschreiten nicht missachtet.“ Laut BGS-Sprecher Janning habe man von vornherein alle kontrollieren wollen, denn: „Der Verdacht lag nahe, dass Schleuser dabei waren“ (taz hamburg, 23.5.01).

Trotz dieser ja äußerst unterschiedlichen Begründungen wurde inzwischen die erste Anklageschrift verschickt, erstaunlicherweise an die deutsche Delegierte, die Vertreterin des Hamburger Flüchtlingsrats bei Pro Asyl ist. Sie war überhaupt nicht nach ihren Papieren gefragt worden, hatte jedoch verbal gegen die rassistischen Kontrollen und die brutale Misshandlung der anderen Gruppenmitglieder protestiert und per Handy bei Medien und Menschenrechtsorganisationen angerufen sowie einen Anwalt eingeschaltet. Vorgeworfen wird ihr jetzt, sie habe gegen die Kontrollen protestiert und, als einer der BGS-Beamten im Bahnhof Münster einen der Afrikaner „gewaltsam mit zur Dienststelle nehmen wollte, den Beamten beiseite gestoßen und an seinem Arm gezerrt, um diese Maßnahme zu verhindern“. Damit habe sie bei der „Vornahme einer Diensthandlung mit Gewalt Widerstand geleistet“.

28.03., (WDR)

Busfahrer zeigt Grenzschutz an: BGS soll 26-Jährigen misshandelt haben

Ein Busfahrer aus Neubeckum hat Strafanzeige wegen Körperverletzung gegen den Bundesgrenzschutz am Donnerstag Nachmittag (28.03.02) gestellt. Zwei Beamte hatten ihn bei einer Ausweiskontrolle kurzfristig festgenommen. Dabei kam es nach Angaben des Busfahrers zu Gewalttätigkeiten der Beamten. Am Nachmittag, so wie immer gegen viertel nach vier, wollte Bitshou Binder in seiner Pause im Hauptbahnhof Münster einen Kaffee trinken. Doch eine Streife des Bundesgrenzschutzes versperrte ihm den Weg zum Stehcafé und wollte seinen Ausweis sehen. Der Busfahrer verlangte eine Begründung für die Kontrolle. Nach Angaben von Bitshou Binder passierte dann folgendes: Noch während er mit der Streife redete, dreht ein Beamter ihm den Arm auf den Rücken und warf ihn zu Boden. Beim Sturz und beim Anlegen der Handschellen erlitt er Prellungen und Verstauchungen. Erst 20 Minuten später in der Wache konnte die Situation durch weitere Grenzschützer entschärft werden und der Busfahrer wurde (nach Feststellung der Personalien) wieder freigelassen. So die Darstellung von Bitshou Binder.

Der 26-Jährige, der vor sechs Jahren aus dem Kongo eingewandert ist, arbeitet seit neun Monaten als Busfahrer bei der Firma Bils, Verkehrsbetriebe in Albersloh.

Wegen der Verletzungen krank geschrieben

Ärzte der Uni-Kliniken Münster stellen bei Bitshou Binder Prellungen an beiden Handgelenken, am rechten Ellenbogen und an der rechten Schulter fest. Zunächst wurde Bitshou Binder für zwei Tage krank geschrieben. Nach eigener Einschätzung wird er aber erst nach Ostern wieder am Steuer seines Busses sitzen.

Die Nachfrage beim Bundesgrenzschutz in Münster ergab nur eine knappe Antwort: Keine Stellungnahme - mit Hinweis auf das laufende Verfahren. Dieses Argument kam vom BGS schon vorher, bevor Bitshou Binder überhaupt seine Anzeige bei der Polizei in Beckum gemacht hatte.

11. März, Uni-AStA-Internat-Referat

Hör-CDs im AStA

Im AStA können ab sofort Hör-CD's ausgeliehen werden, auf denen einige Veranstaltungen des ehemaligen Referates für Frieden und Internationalismus dokumentiert sind. Folgende Vorträge kann man im AStA ausleihen:

- "Der Traum von der Unverwundbarkeit - Die Raketenabwehrpläne der USA" Vortrag von Eric Chauvistré, Autor des Buches "Das atomare Dilemma" (Espresso-Verlag), vom 5.11.2001 im Fürstenberghaus am Domplatz, 2 CD's
 - "Mazedonien, Afghanistan, Naher Osten - Wohin 'marschieren' die Bundeswehr?" Vortrag von Tobias Pflüger, Mitarbeiter der "Informationsstelle Militarisierung" (IMI) aus Tübingen vom 26.11.2001 im Fürstenberghaus am Domplatz, 2 CD's
 - "Irak, Jugoslawien, Afghanistan... - Die Zukunft der NATO" Referat von Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim Internationalen Versöhnungsbund (dt. Zweig) vom 10.12.2001 im Fürstenberghaus am Domplatz, 2 CD's
 - "Globalisierung und Gewalt" Vortrag von Wolf-Dieter Narr, Mitbegründer des "Komitee für Grundrechte und Demokratie" und Politikprofessor an der FU Berlin, vom 20.2.2002 im Fürstenberghaus am Domplatz, 2 CD's
- Also, wer bzw. welche diese interessanten Veranstaltungen verpaßt hat, kann sich nun kostenlos die Hör-CD's im AStA ausleihen! Check it out! (Nur für Studis?, Red.)

6. Januar, VAMOS

Ölspur aus NRW führt in den Regenwald

Liebe Freundinnen und Freunde des Regenwaldes,

die WestLB, die mit der Finanzierung einer Pipeline Menschen und Wälder in Ecuador massiv bedroht, steht mit dem Rücken zur Wand. Die Behauptung der Bank, bei dem Projekt würden die Weltbank-Standards eingehalten, entpuppt sich als große Täuschung der Öffentlichkeit. Selbst die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich Ende letzten Jahres von "ihrer" WestLB distanziert, weil sie sich von ihr getäuscht fühlt. Am 12. Dezember 2001 hatte Ministerpräsident Clement die Sache im Kabinett angesprochen. "Clement fühle sich betrogen und belogen", berichtete die Westfälische Rundschau einen Tag später. Und die Rheinische Post schrieb, Clement sei "verärgert, weil die WestLB die Landesregierung offensichtlich nicht korrekt informiert" habe.

Am 14.1. 2002 hört der Eine-Welt-Ausschuss des Landtages die Meinung von Experten zu dem Thema, darunter auch aus Ecuador. Wir wollen eine möglichst breite Öffentlichkeit an der Diskussion über die Pipeline beteiligen und rufen Sie und Euch zur Teilnahme an den nächsten Veranstaltungen auf. Den Anfang macht Münster, wo die WestLB einen ihrer zwei Hauptsitze hat.

Die Termine:

10.1. 2002, 15.30 Uhr in Münster

Demonstration mit Kundgebung und Performance des kolumbianischen Künstlers Jorge Hidalgo. Aus Ecuador spricht Ivonne Ramos von der Umweltorganisation "Accion Ecologica". Treffpunkt vor dem Landeshaus Anfang Warendorfer Straße gegenüber der WestLB. Ende der Veranstaltung etwa 18 Uhr in der Ludgeristraße vor dem Hauptgebäude der Sparkasse Münster.

10.1. 2002, 20 Uhr in Münster

Informationsveranstaltung und Diskussion mit Ivonne Ramos, Rüdiger Sagel (B'90/Die Grünen, MdL), Klaus Schenck (Rettet den Regenwald) Astrid Waltermann (AK Klimabündnis). Ort: Aula der Evangelischen StudentInnengemeinde (ESG), Breul 43 (Ecke Nordstraße am Pulverturm)

14.1. 2002, 13 Uhr Düsseldorfer Landtag.

Ö f f e n t l i c h e Expertenanhörung zur Pipeline-Finanzierung durch die WestLB. Als Expertinnen unter anderem geladen sind Ivonne Ramos (Accion Ecologica) und Heffa Schücking (Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald).

Wir bitten alle Regenwaldfreunde, möglichst zu dieser Anhörung zu kommen!

Bitte Ausweis für Einlass in den Landtag mitbringen und den Raum erfragen!

Bitte diese mail auch an möglichst viele Freunde und Bekannte weiter leiten!

Herzliche Grüße

Reinhard Behrend

Rettet den Regenwald

Presseartikel zum Streit in der Landesregierung über die Pipeline und Regenwald Reports zum Verteilen schickt

Rettet den Regenwald

Friedhofsweg 28

22337 Hamburg

040/ 4103804

info@regenwald.org

Die Kopie eines ZDF-Umwelt-Berichts zum Thema Pipeline schicken wir gerne für 5 Euro/ 10 DM.

BITTE BETEILIGEN SIE SICH AUCH AN DEN AKTUELLEN PROTEST-MAILS unter

www.regenwald.ORG